

# Dresdner Volkszeitung

Hauptschiff: Leipzig.  
Robert & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Ostereich-lingen 4.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dittmerplatz 10. Tel. 25261.  
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Dittmerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Verbandsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 219.

Dresden, Donnerstag den 19. September 1918.

29. Jahrg.

## Der verweigerte Friede.

**Clemenceaus Kriegsrede. — Interalliierte Arbeiterkonferenz. — Der Reichskanzler zur Ernährungsfrage. — Mißlungen der feindlichen Durchbruchversuch bei St. Quentin. Die Eile der Ablehnungen.**

Die Gründe für die geradezu bestimmungslose Eile, mit der sich die Regierungen der Vereinigten Staaten und Englands auf den Wiener Friedensvorschlag gestürzt haben, werden in dem holländischen Blatt *Rieuwe van den Dag* gewiß richtig erkannt, indem es schreibt: *Wozu die Eile? Wozu sonst, als zu verhindern, daß der Friedensgedanke, die Hoffnung auf den Frieden, die Reihen der Verbandsheere durchdringt und dort erschütternden Einfluß ausübt? Aber würde eine solche Nebenwirkung notwendig sein, wenn für eine derartige Erschlaffung keine Gefahr bestünde? Die Sache ist die, daß alle Völker nach Frieden verlangen, nicht nur die Völker der Mittelmächte, nicht nur die notleidenden Neutralen, sondern ebenso sehr die Völker der Verbandsstaaten, nicht zum wenigsten der Teil des Volkes, der die Nationen aus dem Feuer holen und sein Blut auf den Schlachtfeldern zum Opfer bringen muß. Dränge der Friedensgedanke, die Hoffnung auf Frieden bis in die Reihen an der Front durch, so würden General Mangin und General Pershing bei ihren Truppen vermutlich nicht den Elan finden, den sie für ihre Angriffspläne gebrauchen. General Haig würde den Kampf um Cambrai aufgeben müssen. Aus diesem Gesichtspunkte kann man den Verbandsregierungen nachfühlen, daß sie für den Vorschlag des Grafen Burian kein Ohr haben. Zum droht die Gefahr, daß das Wort Friede die Angriffskraft ihrer Truppen schwächen wird. Darum darf der Gedanke an die Friedensmöglichkeit nicht Wurzel lassen. Mit einer nervösen Eile wird der kaum gepflanzte Friedenskeim angegriffen.*

Auch aus Italien kommende Mitteilungen bestätigen, daß die Verbandsregierungen es für nötig halten, der Friedensklause so schnell wie möglich den Kopf abzubrechen. Nach einer Meldung über Lugano herrscht in italienischen Regierungskreisen die Überzeugung, daß „man keine Minute verstreichen lassen dürfe, um die öffentliche Meinung namentlich in der Provinz und auf dem Lande vor dem trügerischen und gefährlichen Glauben an die Friedensabsichten der Mittelmächte zu warnen“.

Nach einer Neumeldung aus Washington wurde die gestern mitgeteilte Erklärung Lansing's innerhalb einer halben Stunde nach Empfang des österreichischen Vorschlags abgegeben. Es ist bezeichnend, daß Amerika als erster in der Reihe der Ablehnungen auftritt und daß es seine brutale Zurückweisung hinausgedenkt läßt, ohne mit den anderen Verbandsmächten sich besprechen zu haben. Wilson und der amerikanische Finanzkapitalismus wollen in Haft vollendete Tatsachen schaffen, auf daß nicht etwa in Frankreich, England, Italien Volksströmungen sich geltend machen können, die den imperialistischen Eroberungszielen der Entente-regierungen abträglich wären.

Aus den brutalen Ablehnungen der gegnerischen Regierungen ergibt sich für uns in Deutschland die herbe Erkenntnis, daß der heißersehnte Friede leider noch keineswegs sichtbar ist. Wenn wirklich der Reichstagspräsident Redenbach die Erwartung ausgesprochen hat, die ihm die Zentrums- presse zuschreibt, daß noch in diesem Herbst Waffenstillstand werde, so ist uns einfach unbegreiflich, worauf er seine Hoffnung stützt. Deutschland und seine Verbündeten stehen vielmehr einfach vor der Wahl, ob sie die Waffen strecken und um Gnade bitten wollen, oder ob sie die Kraft und den Willen haben, den Verteidigungskrieg fortzusetzen. Die Annahme der Wilsonbedingungen bedeutete das Ende der deutschen Wirtschaftsentwicklung und der deutschen Arbeiterbewegung. Verantwortet das lothringische Erzegebiet, das der deutschen Eisen- und Metallindustrie vier Fünftel des wichtigsten Rohstoffes liefert, ausgeschlossen von den tropischen Rohstoffquellen, zerhackt und verstümmelt im Osten und Westen, würde Deutschland einer jahrzehntelangen schweren Wirtschaftskrise verfallen, die selbst die festesten Verbände zertrümmerte. Dagegen würde England sein bisheriges Reich um weitere ungeheure Erzegebiete in Afrika und Asien erweitern und neben Amerika die riesigste imperialistische Herrschaft ausbauen, die je auf Erden da war.

So bleibt Deutschland und seinen Verbündeten nichts anderes übrig als die bittere Notwehr. Es kann lange dauern, bis die Feinde sich davon überzeugen, daß Deutschland nicht zu überwinden ist. Nach vier Jahren des entsetzlichsten Kriegs eine wahrhaft furchtbare Aussicht!

Die feindliche Heermacht wird alles daransetzen, den Sieg zu erringen. Erfolgreicher Widerstand ist nur denkbar, wenn die übergroße Mehrheit aller Deutschen den Krieg als ihre ureigenste Sache ansieht, von der wirklich ihr Schicksal als Nation abhängt. Ein solches Bewußtsein kann nur dann erzeugt oder wieder erneuert werden, wenn das ganze Volk Deutschland als sein eigenes Reich an- sieht. Eine wirkliche Volksregierung, ein volkhändiges Juristat, eine wirkliche Volksherrschaft, eine feste und verbindliche Erklärung, daß wir nur den Weltkrieg vor dem Krieg lie- ben, und dann eifrigste Entschlossenheit, das deutsche Volk zu weiten. Einen anderen Weg dazu gibt es nicht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 19. September 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz. Sectorgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn:

Nordöstlich von Viskooto säuberten wir Teile der in den Kämpfen vom 9. September dem Feinde verbliebenen Grabenküste und nahmen 136 Belgier gefangen. Neue Erkundungstätigkeit zwischen Ypern und La-Basse. Nördlich von Armentières und südlich vom La-Basse-Kanal wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Im Abschnitt von Moeuvres und Hazebrouck harter Artilleriekampf; bei örtlichen Angriffen machten wir hier Gefangene.

Der Engländer nahm seine Angriffe gegen unsere Stellungen vor der Siegfriedfront im Abschnitt vom Walde von Hazebrouck bis zur Somme wieder auf. Die nördlich von Gouzeaucourt und gegen den Ort selbst gerichteten Angriffe scheiterten vor unseren Linien. Deutsche Jäger-Regimenter haben Gouzeaucourt nahe verteidigt. Auch zwischen Gouzeaucourt und Hazebrouck schlugen wir den Engländer, der mit starken Kräften und Panzerwagen mehrfach an- griff, ab. Spehn und Konssou blieben nach wechselhaftem Kampfe in seiner Hand. Am Abend wiederholte der Feind auf dieser ganzen Front seine Angriffe; er wurde überall ab- gewiesen.

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Grafen Burian ist außerordentlich dazu geeignet, den vollen Umfang der uns bedrohenden Gefahren klar vor jedermanns Auge zu stellen. Mögen sie überall erkannt werden und möge sich überall die Entschlußkraft zeigen, die notwendigen Mittel zu ihrer Überwindung rücksichtslos anzuwenden.

### Neue Thronrechte oder neue Volksrechte.

Von Philipp Scheidemann.

Die Welt ächzt in allen Zügen. Der Blutstrom steigt von Tag zu Tag. In zermürbender Sorge bangen Millionen und aber Millionen von Frauen — in allen Ländern! — um ihre Männer und Söhne. Werden sie überhaupt wieder- gefahren? Und wenn ja, wie werden sie zugerichtet sein?

In stillen Kammern aber sitzt da ein Landgraf und lernt Hinnitich, damit er wenige Sätze in der Muttertröde der Finnen herlesen kann, wenn er sich ihnen über kurz oder lang als angestannter Landesvater vorstellen wird. Ganz offen heraus gesagt: Es ist skandalös, daß dergleichen über- haupt möglich ist! Der Herr Landgraf geht freilich auf eigene Rechnung und Gefahr in das Abenteuer — das Reich engagiert sich nicht für ihn, weder jetzt, noch in Zukunft. So ist dem Schwager des Kaisers angeblich klar und deutlich in Berlin gesagt worden. Diese Erklärung ist aber offenbar ungenügend gewesen, denn sie hat den Fürsten von seiner Verantwortlichkeit, König von Finnland zu werden, nicht abge- bracht. Es muß ganz unabweisbar gesagt werden, daß es sich hier um mehr als um ein persönliches Abenteuer handelt, nämlich um den Anlaß zu einem neuen Bürgerkrieg, viel- leicht sogar zu neuem Weltkriege! Die Finnen wollen nichts von Ihnen wissen, Herr Landgraf, lassen Sie sich das gesagt sein! Die Unglücksstrahlen, die Ihnen die Finnentrone angeboten haben, haben das finnische Volk r-ht hinter sich, sondern geschlossen gegen sich.

Daß es die Reichsregierung nicht verstanden hat, den Landgrafen von seinem Vorhaben abzubringen, zeigt nicht für klares Erkennen der politischen Situation, nicht für entschlossene Letztkraft. Die Regierung hat es nicht auf einen Konflikt mit den Mächten ankommen lassen wollen, die den Konflikt mit Herzogshüten eröffnet und die Königs-Tragö- die eingeläutelt haben. Nun wird sie, wenn nicht alle Angelegenheiten, den Konflikt mit anderen Stellen auszu- suchen haben. Diese mit Vertrieblenheit zu etablierenden Thronen, der Handel mit den Herzogshüten usw. hätten in untrer Regierung die bestigste Hegepolitik finden müssen. Die Mehrheit des Reichstags wird hoffentlich keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, wie gründlich sie den stlichen Rummenidanz verurteilt.

Weder bei uns noch im Osten wollen die Völker etwas wissen von Erweiterung der bestehenden oder gar von Errich- tung neuer Herrschaftsrechte; hier wie dort will man dagegen die Volksrechte erweitern und sichern. Die Völker wollen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Deshalb wird das Selbst- bestimmungsrecht der Völker verlangt. Deshalb soll und muß wie die Gleichheit vor dem Gesetz — auch die vollkommene politische Gleichberechtigung eingeführt werden. Gleiches Wahlrecht! Das muß das Grundrecht aller Völker sein, also auch des deutschen Volkes!

Untrer Regierung stellt das preussische Volk auf eine harte Probe. Am finstern Toben der blutigen Kriege, in dem von allen Volksgenossen die gleichen Opfer verlangt werden und in dem das schaffende Volk, die Arbeiter, die Kleinbürger,

Zwischen Hazebrouck und Pontru drangen Australier in unsere Stellungen ein. Nach hartem Kampfe gelang es, den über Hazebrouck und Pontru vorstehenden Feind westlich von Bellcourt-Vellengleite zum Stehen zu bringen. Zwischen Omignon-Bach und der Somme griff der Engländer im Ver- ein mit Franzosen an. Unter Einsatz harter Kräfte suchte er, auf St. Quentin und nördlich davon unsere Linien zu durch- brechen. Die bis zum Abend anhaltenden Kämpfe endeten mit vollem Mißerfolg für den Gegner. In heftigen Kämpfen wurde der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Chinesische Regimenter und das elfte-Lothringische Infan- terie Regiment Nr. 9 zeichneten sich hier besonders aus. Süd- lich der Somme scheiterte ein Teilangriff der Franzosen. Auf der 15 Kilometer breiten Angriffsfront stellten wir durch Ge- fangene 15 feindliche Divisionen fest.

Sectorgruppe Deutscher Kronprinz:  
Zwischen Ailette und Risse nahm der Artilleriekampf um Nachmittage wieder beträchtliche Stärke an. Heftige Teil- angriffe, die sich im besonderen gegen unsere Linien belde- reits der Straße Bassur-Chavignou richteten, wurden ab- gewiesen.

Sectorgruppe Gallwitz:  
An der Côte Lorraine lebte die Gefechtsstätigkeit auf. Kleinere Vorkämpfe. Bei einem Vorstoß auf Rancheulles machten wir Gefangene.

die Kleinbauern und die Angestellten, die schwersten Opfer auch bringen. Trotzdem sieht die Regierung monatelang tatenlos zu, wie die preussischen Edelsten und Besten dieses wunderbar schaffende und kulturbereiche Volk geradezu verhöhnen. Es ist erstaunlich, mit wieviel Verständnis für dynastische Sonderwünsche und mit wieviel Verständnis für die Bedürf- nisse der preussischen Privilegierten die Regierung obertritt; aber es ist unbegreiflich, daß sie mit so wenig — oder besser gesagt — ohne Verständnis den großen Massen des Volkes gegenübertritt.

Hi denn die Regierung vollkommen mit Blindheit ge- schlagen? Was soll denn geschehen, wenn die Entente unter keinen Umständen gewillt ist, Frieden mit uns zu machen? Wenn sie entschlossen ist, den Krieg selbst dann fortzusetzen, wenn alle unsere Eroberungsgewinne als erledigt gelten können? Wenn kein Mensch mehr an dem entschlossenen Willen des Reichstags zweifeln kann, einen wirklichen all- gemeinen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kon- tributionen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrecht der Völker zu schließen? Was soll geschehen, wenn trotz der Vereitlichung der Zentralmächte, durch einen wirklich demo- kratischen Frieden dem Gemeinwohl ein Ende zu machen und durch Abstrichungs- und Bündnisverträge für alle Zukunft Kriege vorzugeben, die Entente den Frieden nicht will? Was soll geschehen, wenn die Gegner unter keinen Umständen zu einem Frieden der Verständigung bereit sein sollten, weil sie uns niedertreten wollen, um uns dann den Frieden, wie ihn ihre Gewaltpolitiker wünschen, diktieren zu können? Was dann?

Dann kann es doch nur eines geben: die restlose Orga- nisierung der nationalen Verteidigung, d. h. die Mobilisie- rung der letzten Kraft, die Auflegung des letzten Haubes an die Verteidigung der Heimat! Dann würde der Augenblick ge- kommen, in dem jeder erkennen wird, daß es um Tod und Leben, um Güte und Freiheit, um die Zukunft unseres Volkes, um das Schicksal unserer Kinder und Kindeskinde geht. Würde dann diese nationale Verteidigung organisiert werden können von einer Regierung, die allen Konflikt mit Politik treibenden militärischen Stellen ängstlich aus dem Wege ge- gangen ist? Die die von den Russen besetzten Polen, Litauer, Aueländer, Esten, Aeländer und Finnen durch ihre kurzschichtige Politik geradezu gegen uns mobilisiert hat? Die dem finnischen Königspiel ebenso tatenlos zuschaute wie der Aussenkomödie, die mit dem preussischen Wahlrecht gerrieben wird?

Ach, wir haben die Einwürfe, warum man aus ver- fassungsmäßlichen und anderen Gründen und Erwägungen so und nicht anders verfahren ist, bis zum Ueberdruß gehört. Unser aus tausend Wunden blutendes Volk, das um seine Existenz ringt, will aber nichts wissen von diesen Einwürfen. Das Recht, das für alle gleiche Recht liegt sonnenklar zutage. Man braucht es nur zu sehen. Deshalb hier damit! Je schneller es unser ist, um so eher wird auch der Tag des Friedens kommen. Kein Mensch sollte darüber im Zweifel sein, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen ein mächtiger Hebel für das Friedenswerk ist. Die das gleiche Wahlrecht bisher hintertreiben haben, belästigen sich mit der gleichen Autschuld, wie die Eroberungsschwärmer, die den feindlichen Kriegsbegern immer wieder das Wasser auf die Mühlen leiteten. Laß unsre „Eroberer“ jenseit identisch sind mit den Wahlrechtsfeinden, ist kein Zufall. Den Einfluß dieser privilegierten Volksfeinde endgültig zu brechen, ist ein drin- gendes Gebot der Stunde.